DER HAUPTSTADTBRIEF | Aktuelle Sonderausgabe: Bankenunion, Niedrigzinspolitik, Unternehmenssteuern
ANZEIGE

Fortsetzung von Seite 1

Die Staatsschulden sind nichts gegen die Bankschulden

seine Inanspruchnahme. Vielmehr würde man die Marktteilnehmer, die ihr Geld in die Banken investierten – sprich Aktionäre und Gläubiger – die Verluste selbst tragen lassen.

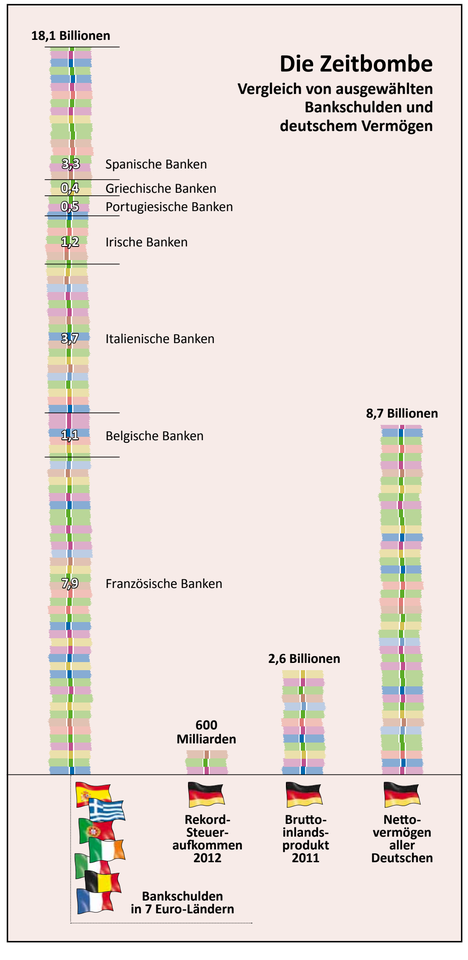
Die Bankenunion begnügt sich jedoch nicht mit den Steuergeldern aus dem Norden – und damit mehrheitlich aus Deutschland –, die durch die Ermächtigung des ESM an den Parlamenten vorbei den Südbanken zur Verfügung gestellt werden sollen. Zusätzlich soll die Bankenunion noch eine gemeinsame Einlagensicherung bringen und damit deutsches Sparkapital zur Sicherung von ausländischen Banken nutzbar machen. Der Vorwand für die gemeinsame Einlagensicherung ist das Ziel, die Kapitalflucht aus dem Süden in den Norden zu stoppen. Die Kapitalflucht wird jedoch erst enden, wenn die Haftungsunion komplett ist und ein deutscher Euroaustritt ausgeschlossen werden kann.

Durch die Bankenunion käme der Norden nicht nur wie jetzt schon für insolvente Regierungen auf, sondern auch für deren insolvente Banken. Das ist allein daher pikant, weil die Staatsschulden weit geringer sind als die Bankschulden. In Spanien werden die Staatsschulden am Jahresende bei 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP, liegen. Die Bankschulden stehen jedoch jetzt schon bei 305 Prozent des BIP. Verschaffen wir uns einen kurzen Blick über die gewaltigen Bankschulden, die das deutsche Sparvermögen bedrohen.

Es handelt sich um zusammen gut 9 Billionen Euro an Bankschulden aus den peripheren Ländern wie Spanien, die Überbleibsel aus Immobilien- und Staatsbasen beinhalten und in die Bankenunion eingebracht werden. Zu den Ländern mit prekärem Bankensektor sollten wir noch das überschuldete Belgien sowie Frankreich hinzuzählen. Frankreich ähnelt mit seiner fehlenden Wettbewerbsfähigkeit, seinem inflexiblen Arbeitsmarkt und einer reformunwilligen Regierung, die die Staatsblase nicht aufstechen will, sehr Spanien. Mit Belgien und Frankreich sind wir bei gut 18 Billionen Euro: 3,3 Billionen Euro spanische Banken, 0,4 Billionen Euro griechische Banken, 0,5 Billionen Euro portugiesische Banken, 1,2 Billionen Euro irische Banken, 3,7 Billionen Euro italienische Banken, 1,1 Billionen Euro belgische Banken und 7,9 Billionen Euro französische Banken. Summe: 18,1 Billionen Euro Bankschulden.

Dagegen nehmen sich das deutsche Rekord-Steueraufkommen von 2012 in Höhe von 0,6 Billionen Euro und auch das deutsche Bruttoinlandsprodukt mit 2,6 Billionen Euro mickrig aus. Schwindelerregend ist selbst der Vergleich mit dem Nettovermögen der Deutschen, das mit 8,7 Billionen Euro weit geringer als die genannten Bankschulden ausfällt. Würden die Banken der erwähnten Länder Verluste in Höhe von 25 Prozent ihrer Schulden publik machen und diese von Deutschland alleine getragen, verschlänge dies die Hälfte des deutschen Volksvermögens. Durch die Bankenunion droht der deutsche Volksbankrott.

Trotz des Ablenkungs- und Bremsmanövers der gemeinsamen Bankenaufsicht ist es das Ziel der Bankenunion, deutsche Steuergelder und Sparvermögen den Südbanken verfügbar zu machen. Und zwar nicht nur zur Begleichung von Verlusten, die aus den Blasen der Vergangenheit stammen, sondern auch, um das angenehme Schuldenmachen, das Verzögern von Reformen, die Fehlinvestitionen in Prestigeprojekte und Sozialstaatswohltaten in Zukunft fortsetzen zu können. Der einzige Wermutstropfen: Angesichts der absehbaren Verluste ist selbst das deutsche Volksvermögen sehr begrenzt. ◆



Es tut jetzt schon weh

Wie Niedrigzinspolitik und Eurorettung den Bürger als Steuerzahler und Verbraucher treffen und jeder Einzelne für die Eurokrise zahlt | Von Reiner Holznagel

Lange Zeit schien es, als lebten wir Deutschen auf einer Insel der Seligen. Während einige unserer europäischen Nachbarstaaten mit Rezession, Arbeitslosigkeit und dem drohenden Staatsbankrott kämpfen, konnte Deutschland mit positiven Meldungen aufwarten. Der Dax war schon über 7000 Punkte, die Arbeitslosenzahlen sanken auf den tiefsten Stand seit zwanzig Jahren, auch die konjunkturelle Lage und der Geschäftsklimaindex waren besser als erwartet. Folglich schießen die Steuereinnahmen für den Fiskus durch die Decke und die Sozialversicherungen melden Milliardenüberschüsse. Von den Schreckgespenstern der Eurokrise – Rezession und Inflation – fehlt hier bisher jede Spur.

Doch nun mehren sich die Zeichen, die Krise könnte ihre Schatten auch auf Deutschland werfen. Zwar

Reiner Holznagel ist Präsident des Bundes der Steuerzahler. Er studierte Politische Wissenschaften, Öffentliches Recht und Psychologie in Kiel und wurde 2005 geschäftsführender Vorstand der Bundesgeschäftsstelle. Seit Juli 2012 ist er 8. Präsident des Bundes der Steuerzahler und vertritt den Bund in der Öffentlichkeit.

hat Deutschland durch seine Reformen der Agenda 2010 und Lohnverzicht einiges dafür getan, heute besser dazustehen als andere europäische Länder. Aber dennoch könnten die finanziellen und gesellschaftlichen Schieflagen der Krisenländer auch auf uns zukommen. Eine Ursache der Krise – die Verschuldung der öffentlichen Haushalte – ist auch hier ein gewaltiges Problem. Mittel- und langfristige Auswirkungen der Krise auf Versicherte, Sparer, Anleger, Verbraucher, Steuerzahler und auf ganze Generationen sind somit auch in Deutschland wahrscheinlich.

Mit dem Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte während der Bankenkrise erweiterten die Deutschen ihren aktiven Wortschatz. „Einlagensicherung“ ist nun jedem Sparer geläufig. Gleichzeitig lernten wir schmerzlich, dass das Ersparte nicht bei jeder Bank gut aufgehoben und nicht jede Investition in Anlageprodukte risikofrei ist. Seit der Staatsschuldenkrise kommt eine neue Erfahrung hinzu: Staatsanleihen westlicher Staaten sind keineswegs per se sicher. Und seitdem die Europäische Zentralbank die Märkte mit billigem Geld flutet, um der Staatsschuldenkrise Herr zu werden, müssen sich die Bürger an Niedrigzinsen und teilweise sogar negative Rendite gewöhnen – mit erheblichen Auswirkungen auf ihr jeweiliges Vermögen und ihre Altersvorsorge. Zugleich verunsichern mögliche steigende Inflationsraten Bürger und Unternehmen. Jüngst warnte die Bundesbank obendrein noch vor einer entstehenden Immobilienblase. Weitere Belastungen drohen dem Ersparten und der Altersvorsorge durch einige von der Politik geplante steuerliche Änderungen.

Entwertung von Lebensversicherungen: Wenn die Notenbanken die Politik des billigen Geldes fortsetzen und die Zinsen für europäische Staatsanleihen bester Bonität weiter auf so niedrigem Niveau verharren, haben Lebensversicherer zunehmend Schwierigkeiten, ihre Zusagen gegenüber den Versicherten einzuhalten. Schließlich ist die Branche per Gesetz dazu verpflichtet, das Geld ihrer Kunden sicher und langfristig anzulegen. Deshalb ist ein Großteil in Staatsanleihen, Staatsdarlehen, Pfandbriefe und andere festverzinsliche Papiere investiert. Doch die werfen derzeit und vermutlich auch in den kommenden Jahren magere Renditen ab. So werden die Versicherungsunternehmen ihre Auszahlungen und Rentenhöhen sowie die Garantiezinsen für Lebensversicherungsverträge gegenüber den bisher erwarteten Renditen senken. Für die Versicherten könnte dadurch eine Versorgungslücke entstehen.

Entwertung von Sparguthaben: Auch Sparer kann es treffen. Sie bevorzugen sichere Anlageformen und richten ihren Blick vor allem auf sichere Zinsen. Nun sieht es danach aus, dass Zinsen über Jahre auf niedrigem Niveau verharren könnten. Manch ein Sparer vergisst darüber, dass die Inflation die mageren Zinsen auffrisst und höhere Renditen notwendig wären, um sein Vermögen zu erhalten oder sich fürs Alter abzusichern.

Preisanstieg bei Wohnimmobilien: Wer nun statt dessen sein Ersparte in einer Immobilie anlegen möchte, wurde jüngst vor der Bundesbank gewarnt, achtsam zu sein. Besonders in den Großstädten Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und München sind die Preise für Wohnimmobilien in den vergangenen zwei Jahren um gut 20 Prozent gestiegen. Das derzeitige Umfeld von niedrigen Zinsen und hohem Geldumlauf begünstigt Übertreibungen am Immobilienmarkt.

Finanzmarkttransaktionssteuer entwertet Riester-Sparpläne: Bei anderen Anlageformen bedrohen Steuerpläne der Koalition zusätzlich die Rendite der Anleger. So würde eine Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer vor allem private Fondskäufer treffen. Denn gerade wertsichernde Investments wie Dach- und Garantiefonds sowie Riester-Papiere würden mit einer Finanzmarkttransaktionssteuer zur Kasse gebeten, weil die vom Staat vorgeschriebene Kapitalgarantie häufige Käufe und Verkäufe von Papieren erfordert. Für jede Transaktion wäre dann die Steuer fällig. Wie teuer die Finanzmarkttransaktionssteuer Riester-Sparer treffen könnte, hat Union Investment berechnet. So könnte bei einer monatlichen Sparrate von 100 Euro über 40 Jahre eine zusätzliche Steuerlast von 14 000 Euro in der Spitze anfallen. Die Überschüsse von rund zwölf Jahren würden somit von der Finanzmarkttransaktionssteuer vollkommen verzehrt.

Vermögensteuer entwertet Sachwerte: Um den Niedrigzinsen zu entkommen, wird eine Anlage in Sachwerte wie Edelmetall, Kunst, Oldtimer oder substanzstarke Aktien immer beliebter. Doch auch hier könnte es nach dem Willen eines Bündnisses aus Gewerkschaften und Parteien für Vermieter und Anleger zu massiven Belastungen und damit Renditeeinbußen kommen. Geht es nach ihnen, soll die Abgeltungsteuer angehoben sowie eine Vermögensteuer und Vermögensabgabe eingeführt werden. Und alle jene, die ein Reihenhaus oder andere Vermögensgegenstände – wie die geerbte Münzsammlung oder Familienschmuck – besitzen, könnten über eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe belastet werden. Schließlich wären von einer Vermögensabgabe oder -steuer auch Mieter betroffen. Diese müssten dann für die Wohnung tiefer in das Portemonnaie greifen. Denn zahlt der Vermieter eine Abgabe oder Steuer für die Immobilie, wird er diese auf den Mieter umlegen.

Die Politik tut so, als sei die Grenze zwischen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Bürgern klar zu ziehen. Wenn die Bürger jedoch auf die möglicherweise schwindenden Erträge aus ihrer bisherigen Altersvorsorge reagieren und vermögensaufbauende Maßnahmen treffen wollen, könnte die Politik diese Vorsorge durch ihre Steuerpläne erneut durchkreuzen.

Die Bundesbank warnt die Bevölkerung vor einer entstehenden Immobilienblase. Urheberin dieser Blase ist die Europäische Zentralbank: Ihre Politik der niedrigen Zinsen und des hohem Geldumlaufs begünstigt „Übertreibungen am Immobilienmarkt“, wie die Bundesbank das Aufpumpen der Blase fein umschreibt.

Inflation trifft Verbraucher: In der Überschuldung der Euroländer könnte die Politik einen Anreiz sehen, Inflation als Mittel des Schuldenabbaus zu nutzen. Unter einer Inflation leiden vor allem die Gläubiger, also all jene, die feste nominale Forderungen gegenüber Dritten haben. Dazu zählen Arbeitnehmer, Rentner und unter Umständen auch Vermieter. Zwar steigen die Löhne, Mieten und Renten im Gefolge der Inflation, häufig aber erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Je schneller die Preise nach oben klettern, desto größer wird der Kaufkraftverlust. Sollte es zu höheren Inflationsraten kommen, wäre letztlich jeder einzelne Bürger von der Preisentwicklung betroffen.

Ende der Generationengerechtigkeit: Während die älteren Generationen womöglich auf einen Teil ihrer erwarteten Rendite verzichten müssen, sind die jüngeren Generationen die größeren Verlierer der gegenwärtigen Politik. Auf sie kommen möglicherweise nicht nur jene oben beschriebenen Herausforderungen zu. Sie müssen zugleich die aufgetürmten Schulden begleichen. Schon heute liegt die deutsche Staatsverschuldung bei über 2 Billionen Euro und die Verschuldung steigt weiter. Auch ohne Staatsschuldenkrise leben wir gegenwärtig auf Kosten jüngerer Generationen. Allein durch die notwendigen Zinszahlungen und Pensionsverpflichtungen engen wir den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte ein. Hinzu kommen noch die möglicherweise zu leistenden Zahlungen in die Rettungsschirme. Aus den bisherigen Bürgschaften könnten echte Zahlungsverpflichtungen werden. Um diese zu bedienen und um die Staatsschulden zurückzuzahlen, müssen die jüngeren Generationen härter arbeiten und auf weit mehr Lebensstandard verzichten als jene, die die Schuldenpolitik billigen.

Der Bürger ahnt: Eine Vollkaskoversicherung gegen die Auswirkungen der Krise gibt es nicht. Vom niedrigen Zins und einer möglichen steigenden Inflation wäre jeder einzelne betroffen. Deutschland könnte sich so seiner Schulden entledigen und die Zeche müssten dann die Bürger zahlen. Diese Umverteilung wird sich in einer alternden Gesellschaft rächen, die zunehmend auf Erspartes angewiesen ist. So könnte aus der europäischen Staatsschuldenkrise eine soziale Krise erwachsen. Dennoch flutet die Europäische Zentralbank die Märkte weiter mit Geld und ein Konzept zur Lösung der Eurokrise – vielleicht sogar eine gerechte Lösung – ist nicht in Sicht.

Umso dringlicher ist es, dass die Politik endlich Wege findet, den Flächenbrand der maßlosen Verschuldung zu stoppen. Sie ist verpflichtet, die Steuerzahler und Bürger zu informieren, welchen Beitrag sie an welcher Stelle zur Finanzierung der europäischen Staatsschuldenkrise zu leisten haben. Nur dann können sich Steuerzahler und Verbraucher rechtzeitig darauf einstellen, wie sie mögliche Versorgungslücken in ihrer Altersvorsorge ausgleichen können.

Zugleich sollte die Politik so redlich sein, die Diskussionen um eine Finanzmarkttransaktionssteuer, Vermögensteuer, höhere Abgeltungsteuer und eine Vermögensabgabe realitätsnah zu führen. Das heißt: Nicht der Wunsch, wen die Politik mit den möglichen Steuern und Abgaben eigentlich treffen will, sollte Thema sein, sondern wen sie damit tatsächlich trifft. Darüber hinaus ist die Politik gefordert, längerfristige Konzepte zu entwickeln, die eine Generationengerechtigkeit garantieren und den Euroraum langfristig stabilisieren.

Die Politik sollte alles daran setzen, die Fehler bei der Konstruktion der Währungsunion dauerhaft zu beheben. Eine Europäische Union kann nur funktionieren, wenn bestehende Verträge und Zusagen eingehalten werden. ◆

Hört auf zu lügen!

Erst erschwindeln sich die Griechen den Beitritt zur Eurozone, jetzt verschweigen die Retter die Wahrheit | Von Anja Kohl

Also doch. Griechenland erhält weitere 44 Milliarden Euro, darauf haben sich die Geldgeber – europäischer Rettungsfonds, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäische Zentralbank (EZB) – geeinigt. Mittlerweile finanzieren sie das Land komplett. Die Rettungspolitiker klopfen sich erschöpft, aber glücklich auf die Schultern. Ursprünglich hieß es zwar 32 Milliarden Euro brauche das Land, die nichts kosten sollen ... Egal. Kreativ wird die Mathematik neu erfunden, nur die Summen ändern sich halt. Die Schuldenberge auch. Sie werden zur gleichen Zeit immer größer. Primär bleibt Griechenland also in der Schuldenfalle. Für einige scheint gerade das sekundär zu sein. Wir geben den Griechen 44 Milliarden Euro an Krediten, damit sie uns damit unsere Kredite und die Zinseszinsen zurückzahlen.

Es ist Eigeninteresse, nicht etwa europäische Solidarität.

In Griechenland kippt derweil die Stimmung trotz neuer 44 Milliarden Euro-Hilfsgelder. Laut Umfragen würde die antieuropäische Syriza-Partei nun die Mehrheit in Wahlen gewinnen. Im spanischen Katalonien haben Separatisten bereits die Oberhand (nicht die absolute Mehrheit, aber sie werden regieren). Was passiert eigentlich, wenn die Südländer ihre Sparprogramme irgendwann nicht mehr durch die Parlamente bringen, weil die Mehrheiten fehlen. Was, wenn die, denen wir helfen wollen, so mürbe und kaputt sind, das sie nicht mehr können oder wollen?

Nicht nur in Griechenland, auch in Spanien und Portugal findet derzeit ein Aderlass statt.

Anja Kohl ist Journalistin und Moderatorin der ARD-Sendung „Börse im Ersten“.

Das Elend der Griechen wird indes größer. Jungen Leute, denen es möglich ist, verlassen das Land. Es ist die Generation, die es zwingend braucht, um ein marodes Staatswesen mit wenigen dekadenten Familien von innen heraus zu erneuern.

Ein Schuldenerlass zum jetzigen Zeitpunkt sei unmöglich, versichern uns die Politiker und beschwören erneut das Bild des Dominoeffektes. Sie schüren bewusst Angst. Als hätten Zentralbanken und Rettungsschirme und der Währungsfonds keine Schutzwälle gebaut. Diese werden an anderer Stelle von den gleichen Politikern gerne herangezogen, um uns zu erklären, dass Europa auf dem richtigen Weg sei und uns zu versichern, das die Zentralbank mit ihren Griechen-Anleihen ja nur Gewinne gemacht hat. Na, was nun? Wie es euch gefällt ...

Die Risiken in der Eurozone sind de facto bereits vergemeinschaftet. Staatliche Institutionen – Rettungsfonds, EZB, IWF – haben die Regie übernommen. Politiker, hört endlich auf zu lügen! Auf dem Elend der Griechen versuchen sie, diese eine Wahl zu gewinnen. Wie solidarisch, bitte, ist das? Auch Banken verweisen auf den Dominoeffekt im Falle eines erneuten Schuldenschnittes.
Es sind die, die nach dem ersten Schuldenschnitt selbst Griechen-Anleihen gekauft und sie ihren Kunden empfohlen haben. Das ist geradezu infam; denn einige dieser Banken wurden mit Steuerzahlergeldern gerettet.

Kapital mag dorthin zurückfließen. Prima, Geld ist wieder da (als ob es davon zu wenig gäbe). Die junge Intelligenzija aber sagt lieber Adios. Sie geht dahin, wo sie sich Perspektiven verspricht. Nach Berlin zum Beispiel, wo die Politiker sitzen, die im wesentlichen über ihre Zukunft entscheiden. Die Jungen Europas wollen nicht als verlorene Generation dienen, auf denen eine nicht nachvollziehbare Idee europäischer Solidarität aufgebaut wird. Ihr lasst uns verarmen? Wir sind das Opfer für euer Europa? Nein, danke.

Die Wahrheit ist: Um wirklich eine Perspektive zu haben, braucht Griechenland dringend einen weiteren Schuldenerlass, nicht nur ein drittes Rettungspaket, sondern über lange Jahre Investitions- und Wirtschaftshilfen. Wir als solidarische Europäer können uns das finanziell mühelos leisten. Griechenland hatte vor Krisenbeginn die Wirtschaftskraft von Baden-Württemberg. Jedes „Ländle“ ist für Europa unverzichtbar, Hilfen aber sind finanzierbar. Das ist nicht der Punkt. Dass Frankreich wirtschaftlich wieder an Stärke gewinnt, ist ohne Zweifel eine Voraussetzung. Zusammen mit Deutschland steht es für die Hälfte der Wirtschaftskraft in der Eurozone. Europa jedoch droht nicht finanziell auseinanderzubrechen, sondern politisch. Die Menschen sind hellwach. Sie können die Wahrheit vertragen. Vertrauen lässt sich nicht erschwindeln. Wer immer weiter lügt nimmt in Kauf, Europa zu verlieren. ◆

Ein Fass ohne Boden: Ende der Griechenland-Krise nicht abzusehen.

Fortsetzung von Seite 1

Gegen deutsche Realitätsverweigerung hilft nur ein neuer Reformschub

begonnen haben. Am Arbeitsmarkt müssen die Beschäftigungsquoten von Frauen, Älteren und Geringqualifizierten noch weiter steigen, um den Verlust an Erwerbspersonen durch die Überalterung der Gesellschaft wettzumachen. Und das Steuersystem belastet immer noch in sträflicher Weise den Fleiß der Arbeitnehmer und die Investitions- und Innovationsbereitschaft der Unternehmen.

Ein Kernproblem ist nun aber, dass sich diese objektive Veränderungsnotwendigkeit in keiner Weise mit der öffentlichen Wahrnehmung deckt. Die aktuellen ökonomischen Erfolge Deutschlands drängen den mittelfristigen Anpassungsbedarf in den Hintergrund. Die europäische Schuldenkrise verstärkt diese Psychologie der wahrgenommenen Unverwundbarkeit. Das zufließende Fluchtkapital suggeriert, dass die hiesige Volkswirtschaft in einem fast schon perfekten Zustande wäre. Übersehen wird, dass Momentaufnahmen mitten in einer akuten Krise keine langfristigen Rückschlüsse zulassen. Und übersehen wird erst recht, dass die europäische Schuldenkrise auch für Deutschland eine erhebliche Belastung seines Fiskal- und Sozialsystems mit sich bringen wird, die somit den Anpassungsbedarf sogar noch erhöht.

Vor diesem Hintergrund hat sich eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen mit den näheren Hintergründen für den neuen deutschen Reformstau befasst. Gestützt auf umfassende Umfragedaten hat das Forscherteam untersucht, wie sich die neue deutsche Realitätsverweigerung erklären lässt und wie psychologische Hindernisse für dringend notwendige Reformen aus dem Weg geräumt werden könnten.

International vergleichende Daten belegen dabei, dass die deutsche Bevölkerung in mancher Hinsicht sogar gute Voraussetzungen für Veränderungen

Trügerische Idylle: Wo heute noch wenige Alte den Lebensabend genießen, werden 2030 viele Alte um ihren Lebensunterhalt bangen. Außer, man tut was. Die „Agenda 2030“ nennt Vorschläge.

bietet. Beispielsweise zeichnen sich die Deutschen durch eine ausgesprochen weite Langfristperspektive aus. Sie sind viel eher bereit als andere Nationen, für eine höhere Rendite einen längeren Konsumverzicht zu akzeptieren. Dies sollte Reformen erleichtern, bei denen die Früchte der Veränderungsbereitschaft erst nach Jahren reifen. Auffällig sind aber vor allem zwei Handicaps für die Durchsetzung einer „Agenda 2030“: erstens das zerrüttete Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Politikern. Und zweitens das Missverhältnis zwischen allgemeiner und konkreter Reformbereitschaft.

Mit seinen sehr niedrigen Umfragewerten für das Vertrauen der Menschen in die Politik befindet sich Deutschland inzwischen im unteren Drittel der Industriestaaten. Dies wirkt als Reformbremse, weil Reformen immer Unsicherheiten aller Art beinhalten. Wenn Wähler ein Grundvertrauen in die Unparteilichkeit und Kompetenz der Regierenden hätten, dann würde dies Kompromisse und auch die Akzeptanz von Unsicherheit erleichtern.

In einem Vertrauensverhältnis besteht viel eher die Erwartung, dass sich die Politik nach bestem Wissen und Gewissen für das Allgemeinwohl einsetzt und den Reformverlierern eine Kompensation bieten wird. Betrachten die Wähler hingegen die Regierenden unter dem Verdacht, dass diese Eigeninteressen verfolgen, dann stehen Reformen unter dem Generalverdacht der Lobbypolitik.

Ein übergreifendes Ergebnis der ZEW-Studie ist außerdem die Diskrepanz zwischen der allgemeinen Reformeinsicht und der Akzeptanz konkreter Veränderungen. Beispielsweise ist eine große Mehrheit der Ansicht, dass der Staat ohne neue Schulden auskommen sollte. Gleichzeitig aber ist die Akzeptanz individuell spürbarer Einschnitte – etwa höhere Steuer oder Kürzungen von Staatsausgaben – sehr viel geringer ausgeprägt.

Wie aber ließe sich die Veränderungsbereitschaft des Landes angesichts dieser Befunde erhöhen? Zunächst muss das Missverständnis bekämpft werden, Deutschland sei angesichts seiner guten aktuellen ökonomischen Daten unverwundbar geworden. Dieser Sichtweise sind die harten Fakten aus Demographie und Finanzpolitik entgegenzusetzen. Des Weiteren gilt es, die abstrakte Reformbereitschaft vieler Menschen zu nutzen, um Grundentscheidungen zu treffen, die den Reformdruck dauerhaft erhöhen. Hier sollten auch verstärkt Referenden ins Spiel kommen, die auf der Ebene der Bundesländer rechtlich bereits leichter möglich sind als auf Bundesebene.

Das erfolgreiche Beispiel des hessischen Referendums zur Schuldenbremse zeigt die Chancen auf, die zu mehr Verbindlichkeit allgemeiner Zielsetzungen führen können. Im Hinblick auf ein verbessertes Kostenbewusstsein und sachlichere Wahlkämpfe ist eine in den Niederlanden verfolgte Praxis empfehlenswert. In den Niederlanden legt das Centraal Planbureau (CPB) regelmäßig im Wahlkampf eine Analyse der Wahlprogramme der wichtigsten Parteien vor. Diese Analyse trägt erheblich zur besseren Transparenz bei und wäre dringend auch für Deutschland angeraten. Zur Durchführung kämen Institutionen wie die Deutsche Bundesbank oder der Sachverständigenrat in Frage, da sie Gewähr für eine unparteiliche Herangehensweise bieten.

Die größte Herausforderung ist aber die, das Vertrauensverhältnis zwischen Wählern und Politik langsam wieder zu verbessern. Der nun beginnende Bundestagswahlkampf bietet eine erste Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen – durch Verzicht auf nicht einhaltbare Wahlkampfversprechen und ehrliche ökonomische Bestandsaufnahmen. ◆

„Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen, aber es ist gar nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Souverän teilt.“ (Friedrich der Große)

FOTOLIA/MAX

Die langfristigen Nachteile von Substanzsteuern überwiegen ihren kurzlebigen Nutzen

Deutschland ist mit seiner Diskussion über zusätzliche Substanzsteuern auf einem politischen Irrweg

Von Rainer Kirchdörfer und Bertram Layer

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über Steuererhöhungspläne diskutiert und geschrieben wird. Ob Reichensteuer, Vermögensteuer, Vermögensabgabe oder Zwangsanleihe – dem Steuer-Erfindungsreichtum sind keine Grenzen gesetzt. Sicherlich kommt solches auch bei manchen Wählern an. Der Boden für Steuererhöhungen ist angesichts der Staatsschuldenkrise psychologisch bereits bereitet. Als „Nicht-Reiche“ glauben viele, sie seien von den diskutierten Steuererhöhungen nicht unmittelbar betroffen.

Aus unserer Sicht ist die gesamte in Deutschland gegenwärtig geführte Debatte über ein Mehr an Steuern schon im Ansatz verfehlt. Die letzte Annahme des Arbeitskreises Steuerschätzungen von Ende Oktober 2012 geht von Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden in Höhe von mehr als 600 Milliarden Euro aus; dies ist nicht nur Nachkriegsrekord, es entspricht auch einer Steigerung der Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr von über 5 Prozent. Wenn es unseren Regierungen in Bund und Ländern in einer Zeit der Steuer-Schwemme nicht gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wann dann?

Es ist schon paradox: Wir führen eine Schuldenbremse in das Grundgesetz ein und jeder normal denkende Bürger verbindet hiermit eine Aufforderung zum Sparen – viele unserer Parteien tun das nicht. Hier wird die Schuldenbremse nicht als Aufforderung zum Haushalten begriffen, sondern als Ermunterung, um an der (Substanz-)Steuerschraube zu drehen. Es wird nie genug Geld in der Staatskasse liegen, um die Lust am Verteilen zu befriedigen. Es ist auch nicht die Zeit, um alte Umverteilungsgedanken aufzuwärmen: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) meldete kürzlich, dass der Trend zur Auseinanderentwicklung der Einkommen gestoppt ist. Besonders die unteren Einkommensgruppen profitierten von dieser Entwicklung, während die mittleren und oberen verfügbaren Einkommen stagnierten.

Die einzig relevante Frage ist, mit welchen staatlichen Mitteln sich eine mögliche ungewollte Einkommens- und Vermögensverteilung und zu hohe Staatschulden aufhalten oder sogar korrigieren ließen. Offensichtlich haben die letzten Steuerreformen und die damit einhergehende Senkung der Steuerbelastung nicht dazu geführt, dass dem Staat Einnahmen weggebrochen sind. Vielmehr konnten Dank überlegter Reformen auf verschiedenen Gebieten Wachstumskräfte freigesetzt werden, die nach dem starken Einbruch während der Finanzkrise maßgeblich zum europaweit vergleichslosen schnellen Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft beigetragen haben.

Familienunternehmen haben einen wichtigen Beitrag zu dieser Erfolgsgeschichte geleistet. Um diese Struktur und vor allem Kultur beneidet uns alle Welt. Familienunternehmer sind nämlich in hohem Maße verantwortungsbewusste „Macher“. Wie viele neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, lässt sich das Verhalten von Familienunternehmern auch nicht mit dem neoklassischen Menschenbild des homo oeconomicus erklären. Dem Familienunternehmer geht es nicht in erster Linie um kurzfristigen Eigennutz, dies hat er in der Regel auch gar nicht mehr nötig. Es geht ihm vielmehr um den langfristigen Erhalt seines Unternehmens über Generationen hinweg. Daraus folgt bei ihm ein sozial verantwortliches Verhalten gegenüber seinen Mitarbeitern und seinem Umfeld.

Im Ergebnis ist der Familienunternehmer ein Mensch wie jeder andere. Bei erlittener grober Ungerechtigkeit wird er sich mit allen Konsequenzen wehren. Nicht allein die nackte Marktlogik, sondern auch sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl steuert sein Verhalten.

Mit einer deutlichen Erhöhung der Abgabenbelastung durch die Einführung von neuen Substanzsteuern muss sich der Unternehmer zur Verhinderung einer schleichenden Enteignung aber mehr um die Optimierung von Abgaben kümmern als um die langfristige Sicherung seines Unternehmens. Damit wird nachvollziehbar eine Grenze überschritten.

Wir sind überzeugt davon, dass die Einführung einer höheren Substanzbesteuerung weder langfristig zu einer gerechteren Vermögensverteilung noch zu einer nachhaltigen Erhöhung der Steuereinnahmen des Staates führen wird. Substanzsteuern sind ökonomisch ertragsunabhängige Fixkosten, die langfristig die Eigenkapitalbasis der Familienunternehmen reduzieren und die es nach Möglichkeiten zu variabilisieren gilt. Letztendlich führen höhere Substanzsteuern hierzulande zwangsläufig zu einer Verlagerung von Investitionen oder sogar des (Holding)-Standortes des Familienunternehmens ins Ausland und – im Extremfall – zu einem Wegzug des enttäuschten, weil sich völlig ungerecht behandelt fühlenden Unternehmers selbst. Investitionen werden im Ergebnis – insbesondere in Deutschland – zurückgehen.

Bei allen Steuerdebatten ist zu bedenken, dass Deutschland kein Niedrigsteuerland ist. Es gibt nur wenige andere Länder, die ihren Unternehmen tiefer in die Tasche greifen. In der Reihe der 27 EU-Mitgliedstaaten steht die Bundesrepublik Deutschland nach einer Studie des Zentrums

TOM PINGEL

Prof. Rainer Kirchdörfer, Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied der Stiftung Familienunternehmen (links), und **Dr. Bertram Layer**, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Familienunternehmen, sind Anwälte in Stuttgart.

TOM PINGEL

für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, die im März dieses Jahres veröffentlicht wurde, noch immer auf dem hinteren 21. Platz (siehe Schaubild).

Die vorgenannte Studie zeigt, in welchem Umfang die Steuerpläne von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Steuerbelastung auf Unternehmens- und Gesellschafterebene nach oben treiben. Die rechnerischen Mehrbelastungen reichen, in Abhängigkeit von der Rechtsform und vom jeweiligen Parteiprogramm, von steuerlichen Mehrbelastungen im Minimum von 15,78 Prozent (nach den Plänen der SPD) bis zu 119,05 Prozent (nach den Plänen der Linken).

Allein die Vermögensteuer führt in Kombination mit der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer zu einer dreifachen Belastung desselben Einkommens. Rechnet man beispielsweise auf den Verkehrswert einer Vermögensanlage eine (gegenwärtig kaum zu erreichende) Verzinsung von fünf Prozent, so würde der Ertrag aus dieser Vermögensanlage bei einer ein-prozentigen Vermögensteuer, einer 30-prozentigen Erbschaftsteuer (Höchststeuersatz in der günstigsten Steuerklasse I) und unter Zugrundelegung des einkommensteuerlichen Höchstsatzes (von 45 Prozent plus Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) mit zirka 80 Prozent besteuert – und dies alles berücksichtigt noch nicht die Inflation und die Belastung der Substanz mit weiterer Erbschaftsteuer.

Erwirtschaftet ein Einzelunternehmer, dessen Unternehmen einen Wert von 30 Millionen Euro und einen Gesamtumsatz von 50 Millionen Euro hat, einen Gewinn vor Steuern von fünf Prozent seines Umsatzes, somit in Höhe von 2,5 Millionen Euro, und geht man von einer optimierten Steuersituation dieses Einzelunternehmers unter teilweiser Inanspruchnahme von Vergünstigungen für thesaurierte Gewinne im Unternehmen aus (und unterstellt damit einen Einkommensteuersatz nebst Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer von 40 Prozent), so verbleiben nach Steuern 1,5 Millionen Euro. Die Erhebung einer Vermögensteuer von 1 Prozent würde die jährliche Netto-Steuerbelastung um 300 000 Euro erhöhen, die Steuerbelastung stiege dann schon auf über 50 Prozent.

Gelingt es dem Unternehmer nicht, seine Steuerbelastung zu optimieren und unterliegt er dem Höchststeuersatz der Einkommensteuer, so würde die Steuerbelastung im vorstehenden Beispiel auf zirka 62 Prozent steigen. Rechnet man noch die Erbschaftsteuer hinzu, deren Verfassungsmäßigkeit bekanntlich schon wieder auf dem Prüfstand steht, so wäre bei vielen Familienunternehmern die Schwelle zur unerträglichen Ungerechtigkeit erreicht. Wie wir aus der Hirnforschung wissen, sprechen grobe Ungerechtigkeit und Schmerz dasselbe Zentrum an, weshalb grobe Ungerechtigkeit wie körperlicher Schmerz empfunden wird, gegen den man sich mit allen Mitteln wehren muss.

Ist es nicht genug, dass die oberen 10 Prozent in der Einkommenspyramide schon heute 54,6 Prozent des Einkommensteuer-Aufkommens tragen, während die unteren 35 Prozent der Steuerpflichtigen in der Einkommenspyramide nur noch 1,1 Prozent zum Einkommensteuer-Aufkommen beitragen?

Dass starke Schultern schon längst mehr tragen, lässt sich auch daran ablesen, dass diese 10 Prozent zwar mehr als die Hälfte der Einkommensteuern überweisen, ihr Anteil am verfügbaren Einkommen aber unter einem Drittel liegt. Dieses Verhältnis spiegelt sich auch am anderen Ende der Steuerstatistik wider: Diese untere Hälfte der Steuerzahler finanziert gerade mal 5,4 Prozent der Einkommensteuer-Einnahmen. Ihr Anteil am verfügbaren Einkommen aller Steuerzahler liegt aber bei 20,5 Prozent. Wer viel verdient, muss deshalb auch heute schon überproportional mehr abgeben, was diese Statistik belegt. Die (sozialpolitisch auch gewollte) Umverteilung ist also längst Realität. Tatsache ist, dass Familienunternehmer als Gutverdiener längst einen hohen Preis im progressiven Steuersystem entrichten müssen.

Aber brauchen wir denn diese Statistiken und Zahlen? Wer täglich mit Familienunternehmen zu tun hat, der weiß, dass hier nicht der schnelle Euro zählt und nicht das optimierte Quartalsreporting gilt. Familienunternehmen sind aus ihrem Selbstverständnis und auch aus ihrer Finanzierungssituation heraus traditionell gezwungen, mit hohen Eigenkapitalquoten zu arbeiten. Nicht der Leverage-Effekt, die riskante Hebelwirkung, sondern ein Risikopuffer, der zugunsten von uns allen wirkt, macht sie weniger krisenanfällig und hat ihnen in der letzten Wirtschaftskrise erlaubt, trotz aller Probleme ihren Mitarbeitern die Treue zu halten. Das schlägt sich freilich auch positiv in der formalen Bewertung der Unternehmen nieder, was wiederum zu höheren Substanzsteuern führen würde. Selbst wenn man das Familienunternehmen als solches von einer Vermögensteuer ganz oder teilweise befreite, würden doch die Gesellschafter mit Steuern auf ihren Anteil am Unternehmen belastet und letztendlich müsste der Unternehmer die für die Steuerzahlung notwendige Liquidität seinem Unternehmen doch wieder entziehen.

Die langfristigen Gefahren von Substanzsteuern überwiegen bei weitem deren Nutzen. Das DIW warnt selbst vor kurzem in einem Wochenbericht: „Kaum abzuschätzen sind langfristige wirtschaftliche Wirkungen einer Wiederbelebung der Vermögensteuer. Soweit im Zug der Steuervermeidungsaktivitäten auch realwirtschaftliche Anpassungen stattfinden, etwa Investitionen und Wertschöpfung im Inland reduziert werden, sinkt das Aufkommen bei Lohnsteuer, Sozialbeiträgen und indirekten Steuern.“

Wo liegt nun die Lösung des Problems für den angeblichen staatlichen Geldbedarf. Aktuelle Forschungsergebnisse des Harvard-Ökonomen Alberto Alesina kommen zu dem Ergebnis, dass Haushaltssanierungen durch geringere Staatsausgaben das Wachstum zumindest weniger belasten als Steuererhöhungen. Wenn es die Regierungen nicht schaffen, in einer Zeit der Steuereinnahmeflut und bei historisch niedriger Zinsbelastung für die Schulden unseres Staates einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dann kann es nicht an der Einnahmenseite liegen, zumal es Bundesländer und Kommunen gibt, die das Gegenteil beweisen. Deshalb muss die Ausgabenseite genauer unter die Lupe genommen werden.

So möchten wir den Alten Fritz bemühen. Er meinte, es sei eine „große Frage“, ob man bei der Besteuerung das Wohl des Staates oder das des Einzelnen vorziehen müsse. „Ich antworte, dass der Staat aus Einzelnen zusammengesetzt ist und es nur ein Wohl für den Fürsten und seine Untertanen gibt. Die Hirten scheren ihre Schafe, aber sie ziehen ihnen nicht das Fell ab … Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen, aber es ist gar nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Souverän teilt.“ ◆

Impressum

DER HAUPTSTADTBRIEF
Aktuelle Sonderausgabe als Beilage in Frankfurter Allgemeine – Zeitung für Deutschland, Ausgabe vom 30. November 2012, in Zusammenarbeit mit der Stiftung Familienunternehmen

Herausgeber: Bruno Waltert (ViSdP)

Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling

Layout: Mike Zastrow

Verlag:
HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin
Telefon 030 / 21 50 54 00
Telefax 030 / 21 50 54 47
info@derhauptstadtbrief.de

Druck:
Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH
Potsdam, 14473 Potsdam

Diese Ausgabe finden Sie auch online unter www.derhauptstadtbrief.de

© DER HAUPTSTADTBRIEF 2012